

## Extending the resource task network for industrial applications.

*Die vorliegende Studie zur politisch-administrativen Steuerung des Hochwasserrisikos in der Bundesrepublik ist in drei Teile untergliedert: Im ersten Teil werden die Grundlagen einer Anpassung an den Klimawandel in städtischen Bereichen erörtert, ausgewählte Befunde der Klimafolgenforschung vorgestellt und es wird danach gefragt, wie sich die global prognostizierten Effekte auf die deutsche Situation übertragen lassen. Ferner wird das Konzept der sozialen Verwundbarkeit erläutert, das neben dem Konzept der reflexiven Modernisierung die theoretische Grundlage der Untersuchung bildet. Im zweiten und eigentlichen Hauptteil werden die Ergebnisse von Interviews mit verschiedenen Akteuren des politisch-administrativen Systems mit Bedeutung im Hochwasserschutz in Bremen und Hamburg vorgestellt. Ergänzend wurden Dokumente aus den beiden Landesparlamenten herangezogen und das empirische Material wurde diskursanalytisch ausgewertet. Ausgehend vom Phänomen des Klimawandels werden folgende Fragen untersucht: Wie beurteilen die Akteure die Situation in Bremen bzw. Hamburg hinsichtlich einer gegebenen oder fehlenden Sicherheit gegenüber Hochwassergefahren? Was bezeichnen die Akteure als Problem? Wie beurteilen sie ihre eigene Rolle im Hochwasserschutz bzw. im Hochwasserrisikomanagement und wie beurteilen sie die Rolle anderer? Wen halten sie für zuständig, um die identifizierten Probleme zu lösen? Der abschließende dritte Teil fasst die Ergebnisse zusammen und formuliert Empfehlungen zu einem am Leitbild der Nachhaltigkeit orientieren Hochwasserrisikomanagement. (ICI)*

### 1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man2008s (Nationalrat, Bundesrat, Landtag) ihre Arbeitszeit reduzieren und ihre berufliche Tätigkeit, selbst in leitenden Positionen, weiter ausüben. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen, die Beanspruchungspraxis und die politische Rede über Zeit- und Tätigkeitsstrukturen dieser Gruppe belegen, entgegen den oben skizzierten Positionen, dass Beruf und Beruf bzw. Beruf und Karriere vereinbar sind.